

und Oder gepaßt hätte, war im modernen Westen obsolet. Eine Erkenntnis, der sich auch ein ehemaliger prominenter Propagandist von Siedlungspolitik und Bodenreform in der Weimarer Zeit und später bedeutender Redner nicht verschließen konnte: Mehrfach rückt Heinrich Lübke, nachmaliger Bundespräsident, in das Zentrum der Untersuchungen von Ludwig Hügen. Dieser hat insgesamt eine durchaus spannende und lesbare Arbeit vorgelegt, die einen wichtigen Aspekt der politischen Kultur der frühen Nachkriegszeit beleuchtet.

*Detlef Briesen, Siegen*

Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 371 S., geb., 58 DM.

Selten habe der Zufall einem Buch zu einer derart unerwarteten Aktualität verholfen, kommentiert Walter Ruegg im Vorwort zu dem vorliegenden Buch mit Blick auf die Situation der Staaten Osteuropas im Aufbruch zur Demokratie. Wie in Deutschland nach 1945 stelle sich derzeit erneut die Frage, inwieweit ein Staat freiheitlich reformiert werden könne, dessen Eliten durch totalitäre Bildungsmechanismen geprägt sind. Ruegg gibt in der Rückschau auf den Wiederaufbau der deutschen Universitäten nach 1945, den er mitverantwortlich gestaltet hat, eine optimistische Antwort: Die imponierende Selbstbehauptung der Studenten der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenüber den schwierigen Begleitumständen und die Beständigkeit der von ihnen geschaffenen Demokratie lasse ihn nicht daran zweifeln, daß auch ein wiedervereintes Europa demokratisch geprägt sein werde.

Die Studienbedingungen der »Nachkriegssemester« waren in der Tat außergewöhnlich schwierig: Hunger, Kälte, Wohnungsnot, fehlende Kleidung, Stromsperrern, ausgebombte Institute, ausgebrannte Bibliotheken, Hamsterfahrten und Arbeitseinsätze prägten den Studentenalltag. Neben die existentiellen Nöte traten psychische Belastungen: Entnazifizierung, deprimierende Berufsaussichten, die Suche nach neuen Orientierungsmustern und Vorbildern, die Konfrontation mit dem Kollektivschuldvorwurf und der Fremdbestimmung durch die Reeducation-Maßnahmen der alliierten Besatzungsmächte. Die Studienverläufe der Nachkriegssemester weichen von dem »Normalweg« der Studenten im 20. Jahrhundert erheblich ab.

Dieser ebenso interessanten wie unerforschten Epoche der jüngsten Universitätsgeschichte wandten sich Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller zu, beide Mitarbeiter des Instituts »Hochschulinformationssystem« (HIS). Das vor rund 20 Jahren gegründete HIS befaßt sich damit erstmals mit der Geschichte seines Untersuchungsgegenstandes, freilich mit den ihm vertrauten methodischen Hilfsmitteln. In einer Fragebogenaktion wurden 1 650 Personen angeschrieben, die zwischen 1945 und 1954 an einer Westdeutschen oder Westberliner Hochschule eingeschrieben waren. Rund die Hälfte der Kontaktierten beantwortete den Fragebogen; mancher steuerte ergänzendes Material bei.

Dieser Fundus an Informationen, ergänzt durch die Auswertung zeitgenössischer Statistiken und Zeitschriften, ermöglichte es, Repräsentativität in eingeschränktem Umfang zu erzielen. Der Anteil der befragten Frauen, der Kriegsgefangenen und der Studenten der stärksten Fachrichtungen entspricht weitgehend deren relativen Positionen in der Studentenschaft. Unübersehbar ist jedoch der in der früheren britischen Zone liegende regionale Schwerpunkt. Das Buch liest sich über weite Strecken als eine Geschichte der Studienverhältnisse in Göttingen im Jahrzehnt nach 1945. Die extensiv zitierte Göttinger Universitätszeitung ist denn auch die wichtigste Quelle neben den ausgewerteten Fragebögen. Methodisch problematischer ist die ausschließliche Befragung der letztlich erfolgreichen Studenten. Kommilitonen, die ihr Studium ohne Abschluß abbrachen und vor den widrigen

Begleitumständen kapitulierten, fehlen im Sample. Außergewöhnlich viele Befragte wurden Professoren oder bekleideten Führungspositionen in Wirtschaft bzw. Staatsverwaltung. Aus der zeitlichen Distanz von mehreren Jahrzehnten dominieren in der Erinnerung an die Jugend- und Studentenzeit die positiven Erinnerungen. Gedächtnis funktioniert selektiv; diese Grunderkenntnis der »Oral History« hätte von den Autoren thematisiert und mitbedacht werden müssen.

Methodische Exaktheit, Ausgewogenheit und Repräsentativität gehen nicht selten zu Lasten der Lebendigkeit in der Darstellung. Genau hier liegt die Stärke des Buches. Die Autoren verzichteten bewußt auf eine ausgewogene, dafür aber langweilige Sammlung von »einerseits-andererseits«-Antworten. Statt dessen erschlossen sie durch viele und ausführliche Zitate – nicht selten über mehr als eine Seite hinweg – die Erfahrung und Verarbeitung der Ereignisse durch die Betroffenen. Erfreulicherweise wurden auch die Kriegsjahre einbezogen, die für das Verständnis der besonderen Rahmenbedingungen des Studiums nach 1945 unerlässlich sind. Der Rezensent hätte sich bisweilen eine breiter ausgeführte Synthese gewünscht. Auch die Konfrontation der subjektiven Dimension mit den aus der Literatur zur Nachkriegsgeschichte bekannten Fakten hätte der Darstellung gut zu Gesicht gestanden. Es ist zu hoffen, daß das vorliegende Buch nicht das letzte zur beruflichen Sozialisation einer Generation bleibt, welche die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wesentlich beeinflußt hat. Dieses wichtige Thema verdient weitere Aufmerksamkeit.

*Helmuth Trischler, München*

Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 445 S., Ln., 78 DM.

Zu den großen politischen Kontroversen, die in der Ära Adenauer ausgetragen wurden, gehörte die Frage nach Rang- und Reihenfolge der Ziele Wiedervereinigung und Westintegration. Zu Beginn dieser Auseinandersetzung entstand die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). In der Öffentlichkeit und in der historischen Forschung wird mit dieser Partei in erster Linie der Name Gustav Heinemanns, des ersten Bundesinnenministers und späteren Bundespräsidenten, in Verbindung gebracht. Allenfalls Helene Wessel, der früheren Zentrumspolitikerin und politischen Weggefährtin Heinemanns in der GVP, wird noch Beachtung geschenkt. Es ist das Verdienst von Josef Müller, mit seiner Dissertation erstmals einen detaillierten und differenzierten Einblick in die Geschichte dieser Partei zu geben. Die Untersuchung der GVP konzentrierte sich bisher weitgehend auf die Person Heinemanns. Dagegen stellt der Verfasser seine Analyse durch die Einbeziehung weiterer relevanter Akteure der GVP auf eine breitere Grundlage und macht innerparteiliche Strömungen sichtbar. Müller hat dazu die Nachlässe führender GVP-Politiker ausgewertet.

Die Arbeit beginnt zeitlich mit der Auseinandersetzung zwischen Heinemann und Adenauer im Bundeskabinett, die sich an der Vorgehensweise des Bundeskanzlers beim Sicherheitsmemorandum im August 1950 entzündete. Heinemann trat im Oktober 1950 als Bundesinnenminister zurück. Müller sieht in dem Rücktritt Heinemanns ein Signal für eine sich langsam formierende, bürgerliche Opposition gegen die Westpolitik des Bundeskanzlers. Diese bürgerlichen Wiederbewaffnungsgegner, die sich Ende 1951 zur Notgemeinschaft für den Frieden Europas zusammenschlossen, kamen zwar mehrheitlich aus dem protestantisch-reformierten Lager, doch befanden sich auch renommierte Anhänger des politischen Linkskatholizismus in ihren Reihen.